



## Apropos Europa von Frank Baasner

**N**och zwei Wochen, dann wissen wir etwas mehr. Am Abend des 26. September werden wir zwar noch lange nicht wissen, wie die nächste Bundesregierung aussieht, aber es wird sich dann zeigen, ob die Modelle der Meinungsforscher funktionieren. Überraschungen in die eine oder andere Richtung sind nicht ausgeschlossen.

Selbst wenn die Prognosen sich als nur bedingt verlässlich erweisen werden, ist doch absehbar, dass es drei Koalitionspartner wird geben müssen. Nach schneller Regierungsbildung klingt das nicht. Nicht nur die Wählerinnen und Wähler in Deutschland sind gespannt. Ganz Europa schaut auf die Bundestagswahl, denn vieles hängt vom Ausgang ab. Von

außen betrachtet gilt die deutsche Demokratie als stabil und funktionsfähig, was auch mit der erstaunlichen Verweildauer einiger der Regierungschefs zusammenhängen mag: 14 Jahre Konrad Adenauer, 16 Jahre Helmut Kohl und nun 16 Jahre Angela Merkel. Viele Französinen und Franzosen, aber auch Italienerinnen und Italiener idealisieren geradezu die deutschen politischen Verhältnisse, wenn sie von der Pragmatik, Effizienz, Organisation und Kompromissbereitschaft hierzulande schwärmen. Wir wissen, dass dies eine romantische Verklärung ist.

Bei dieser Wahl aber hat sich auch bei unseren Partnern herumgesprochen, dass die Regierungsbildung kompliziert wird. Eine Koalition zu dritt hat es auf

Bundesebene noch nicht gegeben, und in den europäischen Hauptstädten ebenso wie in Brüssel und Straßburg schaut man deshalb etwas besorgt nach Deutschland.

Ohne eine legitimierte deutsche Regierung können die großen gemeinsamen Herausforderungen nicht bearbeitet werden. Ohne Deutschland machen die Diskussionen um eine Weiterentwicklung der EU wenig Sinn. Gleichzeitig wollen nicht wenige Regierungen in der EU die Situation in Deutschland, nach einer langen Phase der Dominanz von Angela Merkel in den internationalen Gremien, für ein neues Machtgleichgewicht nutzen. Nicht zufällig intensivieren Frankreich und Italien ihre Beziehungen,

Mario Draghi und Emmanuel Macron planen eine Fortentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es soll sogar noch in diesem Jahr ein italienisch-französischer Kooperationsvertrag unterzeichnet werden, um die Zusammenarbeit zu stärken und sichtbarer zu machen.

Wer auch immer nach dem 26. September ins Kanzleramt einzieht, wird also schnell Klarheit über die europapolitischen Ziele Deutschlands schaffen müssen. Eine Schonfrist wird es nicht geben, zu viele Themen erlauben keinen Aufschub: Umsetzung des riesigen Investitionsprogramms Next Generation, Konkretisierung des Green Deal, Handelskonflikte, Außenpolitik, Migration...

Und die europäischen Partner

werden mit gut vorbereiteten Initiativen auf die neue deutsche Regierung zugehen. Zum Jahreswechsel übernimmt Frankreich die Ratspräsidentschaft, und Macron will im April wiedergewählt werden, also wird er sehr aktiv sein und Deutschland fordern.

Dessen sollten sich alle Beteiligten bewusst sein. Jetzt sind aber zunächst Sie, Bürgerinnen und Bürger, aufgerufen, vom vor einigen Generationen erkämpften demokratischen Grundrecht der Wahl aktiven Gebrauch zu machen. Desto höher die Wahlbeteiligung, umso stärker wird die Legitimität der kommenden Regierung sein.

**IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten: [leserbriefe@lkz.de](mailto:leserbriefe@lkz.de)**